

28. März 2011

Uli Cremer: Der Westen interveniert in Libyen – noch ein Krieg der Neuen NATO

Bombardieren geht über Verhandeln



Der aktuelle Libyen-Konflikt ist von überraschenden Stellungswechseln der politischen Akteure gekennzeichnet, wie man sie in so kurzer Zeit selten erlebt. Da wendet sich die Arabische Liga nach einem Beschluss[1] an den Sicherheitsrat und verlangt eine Flugverbotszone über Libyen. Nach den ersten Bombenangriffen erklärt der Vorsitzende Mussa, dass die Forderung so nicht gemeint gewesen sei.

Wie mag die Arabische Liga im April zum Krieg stehen? Russland, das mit einem Veto das UN-Mandat hätte verhindern können, beklagt hinterher, so habe man nicht gewettet. Welche Position mag die russische Führung im April beziehen? Und dann Deutschland: Die Regierung enthält sich im Sicherheitsrat. Daraufhin gerät sie national wie international unter militaristisches Trommelfeuer. Insbesondere Außenminister Westerwelle zeigt Rückgrat und erklärt wieder und wieder, dass Deutschland keine Bundeswehr-Soldaten zur Teilnahme am Krieg bereit stelle, weder bei der Durchsetzung der Flugverbotszone (also bei den Luftangriffen), noch bei der Seeblockade zur Durchsetzung des Waffenembargos. Hält Deutschland diese Position weiter durch? Und wie ist die US-Linie im April? Die USA bombardieren zwar aktuell kräftig mit, doch es ist nicht »ihr Krieg«, gern würden sie in die zweite Reihe zurücktreten, um anderen die Führung zu überlassen. Gewinnt die militärische Führung wieder die Oberhand, die Kollateralschäden für den Afghanistankrieg in Form von weiterem Zulauf für die Aufständischen dort befürchtet? Formal hat Ende März die NATO erst einmal die militärische Führungsrolle übernommen, Oberbefehlshaber ist ein US-Soldat. Jeder NATO-Krieg steht und fällt auch im Jahre 2011 mit der Positionierung der US-Regierung.

Militarisierung der Politik

Schauplatz des Krieges ist ein reiches afrikanisches Land. Der Reichtum ist dem Öl sowie großen Wasservorräten geschuldet. Der wegen seiner Nähe zu Gaddafi gerade im Eilverfahren abberufene russische Botschafter in Libyen, Wladimir Tschamow, beschrieb den relativen Wohlstand in einem Interview mit der Moskwoskij Komsomolez am 25.3.2011 so: »Von welcher Unterdrückung sprechen Sie, wenn in Libyen den Bürgern ein zinsfreier 20-jähriger Kredit für den Hausbau gewährt wurde, der Liter Benzin 10 Cent ... kostete, also fast überhaupt nichts, man einen neuen koreanischen Jeep des Typs KIA für ganze 7.500 Dollar kaufen konnte?« Wie der Reichtum bei einem Sieg der Aufständischen verteilt und die neuen Eigentumsverhältnisse aussehen würden, weiß man natürlich nicht. Die Hand nach den Ölreserven wurde aber bereits ausgestreckt: »Am Dienstag gründeten Rebellen in Benghasi eine Ölfirma, die die staatlich gelenkte National Oil Corporation ersetzen soll.«[2]

Zahlreiche ausländische ArbeiterInnen aus ärmeren afrikanischen und asiatischen kamen nach Libyen, um dort Geld zu verdienen. Jetzt flüchten sie zu hunderttausenden, nicht nur um dem Kriegsgeschehen zu entkommen oder aus Furcht vor dem Gaddafi-Regime, sondern auch weil sie seitens der libyschen Aufständischen der Verfolgung ausgesetzt sind (»UNHCR meldete... Morde an Nigerianern durch Rebellen.« taz vom 25.3.2011, S. 6)

Anders als bei anderen Bürgerkriegen bestand bei den mächtigen internationalen Akteuren zu keinem Zeitpunkt die Bereitschaft, einen Waffenstillstand zu erreichen, eine Verhandlungslösung anzustreben und zwischen den Bürgerkriegsparteien zu vermitteln. Vielmehr wurde vom Gaddafi-Regime die bedingungslose Kapitulation verlangt. Es sollte ein Regime Change in Libyen stattfinden. Angesichts dieser Maximalposition wird logisch aus dem Krieg als »letztem Mittel« das nächste bzw. erste Mittel, aus der »ultima ratio« wird die »proxima ratio«. Das kann man als Militarisierung der internationalen Politik bezeichnen, die die wichtigsten politische Akteure betrifft, also die westlichen Staaten Frankreich, Britannien, USA, die Arabische Liga und sogar die UNO, auch wenn in deren Resolutionen Regime Change als Ziel nicht auftaucht. »Das eigentliche Ziel ist nicht vorgesehen« schreibt die FAZ treffend am 22.3.2011.

Verlogen ist, wenn westliche Politiker nach tagelangen Bombenangriffen dennoch erklären, dass sie den Regime Change nicht anstreben. Was denn sonst bitte sehr? Die präzisen Militärschläge gegen Gebäude der libyschen Führung sprechen eine klare Sprache. Vermittlungsangebote vor Kriegsbeginn bzw. vor der Kriegsermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat gab es nur durch den (gewählten) Präsidenten Venezuelas sowie die Afrikanische Union.

Da die Zielstellung des Regime Change in Libyen absolut identisch mit dem entsprechenden Vorhaben im Irak 2003 ist, wurde mit dem Libyen-Krieg George W. Bush quasi rehabilitiert. Eric Chauvistré bemerkt deswegen richtig: »Der Unterschied zu George W. Bushs Doktrin des Regime Change ist nicht mehr erkennbar.« (taz vom 25.3.2011) Daraus folgt: Wer 2011 für den Libyen-Krieg eintritt, revidiert im Grunde seine eigene Anti-Kriegsposition von 2003 (sofern er damals gegen den Irak-Krieg eintrat). Dass die Bush-Regierung für den Irak-Krieg kein UN-Mandat erreichen konnte, ist für überzeugte MenschenrechtskriegerInnen letztlich zu vernachlässigen bzw. nachrangig, zumal Gaddafi in puncto Gewaltverbrechen gegen die eigene Bevölkerung sowie Angriffskriege gegen Nachbarstaaten an Saddam Hussein kaum heranreicht.

Gaddafi – noch ein neuer Hitler?

Wesentlicher Charakterzug von Kriegspropaganda ist die Dämonisierung. Hierbei wird seit den 1990er Jahren der Anführer des Kriegsgegners zu einem Wiedergänger Hitlers aufgeblasen – Milosevic, Saddam Hussein und jetzt eben Gaddafi. Es nützt dem jeweiligen Diktator wenig, dass er keine KZs eingerichtet, keinen industriellen Massenmord begangen oder keine Menschen vergast hat. Eine »Argumentationshilfe« gab der ehemalige Justizminister Gaddafis, Mohamed Abdul al-Jeleil: »Gaddafis Tage sind gezählt. Er wird es wie Hitler machen und sich das Leben nehmen.«[3]

Daniel Cohn-Bendit, GRÜNER Fraktionsvorsitzender im Europa-Parlament erinnert an »die Bilder vom Warschauer Ghetto«[4] und warnt: »dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein zum Beispiel Giftgas anzuwenden.«[5] Der

Schriftsteller Ralph Giordano wirft der Bundesregierung »Beschwichtigungspolitik« vor, »die Saddam in Bagdad und Milosevic in Belgrad bis heute an der Macht gehalten hätte, wenn nicht militärisch interveniert worden wäre.«[6] Und Harald Martenstein fragt gar in seiner Tagesspiegel-Kolumne: »Warum tötet man Gaddafi nicht? Zum Thema ›Tyrannenmord‹ ist, spätestens im Zusammenhang mit Adolf Hitler, alles Notwendige gesagt... Ich hoffe auf ein britisches Geheimkommando«.[7]

Weil das Hitler-Regime nur mittels einer weltweiten Militärkoalition geschlagen und Europa befreit werden konnte, wird das Argument nahegelegt, dass der mit Hitler Vergleichene oder Gleichgestellte eben auch nur mit militärischer Gewalt gestürzt werden kann. Und natürlich kann mit einem neuen Hitler auch keine Verhandlungslösung erfolgen (= Beschwichtigungspolitik), da gibt es logischerweise als einzige Option Krieg und die bedingungslose Kapitulation.

Trommelfeuer wegen Enthaltung

Statt die Bundesregierung für ihre mutige Entscheidung, im Sicherheitsrat den Krieg gegen Libyen nicht zu unterstützen, zu loben und ihr den Rücken zu stärken, haben weite Teile der Medien sowie der Oppositionsparteien SPD und GRÜNE nichts Besseres zu tun, als die Regierung an diesem Punkt anzugreifen. Das Argumentationsmuster ist nicht neu, sondern bereits erprobt perfide. Es wurde von den Kriegsbefürwortern erfolgreich in Hinblick auf die Teilnahme am Bosnien-, Kosovo- oder auch Irak- und Afghanistan-Krieg angewandt: Es wird »Sonderweg, Sonderweg« gerufen. Deutschland schere aus dem westlichen Bündnis aus, isoliere sich, das sei der Rückfall in die fatale Sonderwegspolitik. Gemeint ist jene in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, deren Inhalt bekanntlich darin bestand, zwei Weltkriege anzuzetteln. Es ist jedes Mal wieder unglaublich, dass mit dieser Parallelisierung deutsche KriegsgegnerInnen angegriffen werden, die wohl kaum in der Tradition von Kaiser Wilhelm und Hitler stehen. Auch Westerwelle hat diesen Vergleich nicht verdient.

Nachdem Steinmeier und Trittin am ersten Tag die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat noch unterstützt hatten, erhob Trittin später folgenden Vorwurf: »Es ist richtig, dass Deutschland sich an dieser Operation nicht beteiligt. Aber diese richtige Haltung kann man auch anders ausdrücken als durch Enthaltung. Die Resolution des Sicherheitsrates enthält viel Richtiges, deswegen wäre es klug gewesen, ihr zuzustimmen.«[8]

Wenn man Nein meint, soll man mit Ja stimmen? Eine faszinierende Logik. FDP-Minister Dirk Niebel wies richtigerweise darauf hin, dass Deutschland bei einer Zustimmung in der Pflicht gestanden hätte, sich am Einsatz zu beteiligen, politisch wie militärisch-technisch. Denn: »Neben den USA hat allein die Bundesluftwaffe mit ihren ECR-Tornados die militärischen Fähigkeiten, die Flugverbotszone durchzusetzen und die Flugabwehr auszuschalten.« (dpa 19.3.2011)

Die GRÜNE EP-Abgeordnete Brandtner wirft Westerwelle vor, er wäre »sekundiert von Angela Merkel, zum Bremser in Europa und im Weltsicherheitsrat« geworden. Die Bundesregierung »bremst den Aufbau militärischer Drohkulissen in Form einer Flugverbotszone«.[9] Auch die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Heidi Wiecek-Zeul von der SPD rief »Schutzverantwortung« und befand: »Ich finde es eine Schande, dass sich die Bundesregierung ... in dieser Situation enthalten hat.«[10]

Dass sich Deutschland auch nicht an der Überwachung des Waffenembargos durch die NATO im Mittelmeer beteiligt, sondern demonstrativ die deutschen Schiffe abzog, wird von Oppositionspolitikern ebenfalls gegeißelt. Trittin wandte sich am 25.3.2011 im Bundestag an die Bundesregierung: »Wenn Sie es heute ernst meinen mit ihrer Position zu einem Waffenembargo, dann müssen Sie auf den Deutschen Bundestag zukommen und sagen: Ja, wir beteiligen uns daran.« Deutschland soll also bei den Militäraktionen gegen das Gaddafi-Regime mitmachen und damit in den Krieg eintreten.

Eine weitere negative Auswirkung der Enthaltung besteht für die KritikerInnen im Schaden für das »außenpolitische Ansehen Deutschlands«. Cohn-Bendit findet, die Enthaltung schade, sogar »sehr. Den ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat kann sich Deutschland abschminken.« Auch Joseph Fischer sieht »den deutschen Anspruch »endgültig in die Tonne getreten«[11]. Der SPD-Außenpolitiker Ulrich Klose bedauert: »diese Ambitionen haben keine sehr realistische Grundlage mehr«.[12] Das Gleiche dürfte auch für Brasilien und Indien gelten, die sich ebenfalls der Stimme enthielten. In den Sicherheitsrat gehören in dieser Sichtweise offenbar nur kriegsbereite Staaten. Abgesehen davon, wie realistisch ein Sitz für ein weiteres EU-Land überhaupt ist: Was soll dieses zusätzliche Land dort, wenn es sowieso immer wie die anderen EU-Vetomächte abstimmen »muss«?

Es wird schon mal geübt

Bei der Festlegung der deutschen Kriegsdienstverweigerung hatte Westerwelle durchaus schon weiter gedacht: »Aber was ist denn, wenn eine Flugverbotszone, also ein militärisches Eingreifen aus der Luft, keinen Erfolg hat, wenn die Bodentruppen weiter vorrücken? Werden wir dann auch mit eigenen Bodentruppen nach Libyen gehen, wie es im Irak der Fall gewesen ist? Vor einer solchen schiefen Ebene will ich Deutschland schützen.«[13] Sein Kollege Niebel sekundierte: »Flugverbotszonen schützen nur ganz bedingt die Menschen. Sie bewegt nicht, ein Regime aufzugeben. Das hat die Vergangenheit gezeigt.«[14]

Um den libyschen Bürgerkrieg zugunsten der Rebellen zu entscheiden, reicht es offenbar nicht aus, das Gaddafi-Regime militärisch mit Luftangriffen zu schwächen, sondern für einen Sieg im Bodenkrieg müssten die Rebellen militärisch stärker werden. Dafür gibt es zwei Wege: Erstens können externe Mächte die Rebellen mit Waffen beliefern und Militärberater schicken. Das verbietet allerdings die UN-Resolution, deren Waffenembargo für beide Seiten gilt. Zweitens können sie eigene Bodentruppen einsetzen. Das ist in der Resolution nicht ausgeschlossen, auch wenn es ständig behauptet wird. Diese ermächtigt dazu, »bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete – zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen«.[15] Darauf hat im Bundestag am 18.3.2011 nur der Jan van Aken (Linksfraktion) hingewiesen: »es wurde auch genehmigt, dass zumindest zeitlich begrenzt ausländische Bodentruppen auf libyschem Gebiet eingesetzt werden dürfen. Das Einzige, was ausgeschlossen wurde, sind Besatzungskräfte.«[16] Auch der britische Außenminister Hague, der an der Formulierung der Resolution beteiligt war, und der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, haben bereits im März 2011 öffentlich auf diesen Punkt hingewiesen.[17] Der Hilferuf liegt auch schon vor: Die Rebellen fordern am 24.3.2011 »den Westen auf, eine UN-Friedenstruppe mit Bodentruppen nach Misurata zu entsenden, damit dort kein Genozid passiert.«[18]

Insofern steht eine Diskussion über den Einsatz von Bodentruppen ins Haus. Die Verbände könnten von einzelnen Ländern oder aber von der NATO gestellt werden, die für solche

Zwecke ihre NATO Response Force aufgebaut hat. Diese setzt sich aus Luft-, See- und Bodenstreitkräften zusammen, hat eine Größenordnung von ca. 14.000[19] Soldaten und ist innerhalb von einer Woche einsetzbar. Noch im Februar 2011 absolvierte übrigens das deutsche NRF-Luftwaffen-Kontingent das Manöver »Kalkar Sky 2011«: »Das fiktive Übungsszenario sah einen friedens erzwingenden Einsatz in Nord-Ost-Cerasia vor. Der vorgeschobene Teil des Gefechtsstandes führte aus Unakos, der Hauptstadt des fiktiven Staates Tytan, die Operationen der multinationalen Luftstreitkräfte. Unter anderem galt es eine Flugverbotszone in der Grenzregion des Nachbarstaates Kamon zu sichern.«[20]

Uli Cremer ist Mitglied der GRÜNEN FRIEDENSINITIATIVE und Autor des 2009 erschienenen Buches »Neue NATO: die ersten Kriege«

[1] Neun von 22 Mitgliedsstaaten erreichten eine Mehrheit, da viele Mitglieder nicht teilnahmen.

[2] FAZ vom 24.3.2011, S. 6: »Zawijy und der Schlüssel zum Erdgas«

[3] www.handelsblatt.com/politik/international/gaddafi-endet-wie-hitler/3877946.html

[4] www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,752288,00.html

[5] www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1404954/

[6] www.zeit.de/news-032011/23/iptc-bdt-20110323-199-29421122xml

[7] Tagesspiegel vom 27.3.2011, S. 1

[8] FAZ vom 23.3.2011, S. 4: »Einig in der Kritik nur an der Regierung«

[9] www.franziska-brantner.eu/index.php – gefunden 26.3.2011

[10] FAZ vom 22.3.2011, S. 7: »Kakophone Führung«

[11] SZ vom 22.3.2011: »Deutsche Außenpolitik ... eine Farce«

[12] taz vom 23.3.2011: »Deutschlands Ruf in Europa ist geschädigt«

[13] www.auswaertiges-

amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2011/110317_BM_DLF.html

[14] www.n-tv.de/politik/Alle-schiessen-gegen-die-FDP-article2919536.html – gefunden 26.3.2011

[15] www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/un-sr-res-1973.pdf

[16] www.linksfraktion.de/reden/kein-krieg-gegen-libyen-2011-03-18/

[17] www.imi-online.de/2011.php

[18] taz vom 24.3.2011, S. 2, Interview mit Rida Benfayed, Sprecher des oppositionellen Nationalrats

[19] www.dw-world.de/dw/article/0,,14889369,00.html – gefunden 8.3.2011

[20] www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/ – gefunden 26.3.2011

Artikel erscheint in Sozialismus 4/2011. Link:

http://www.sozialismus.de/heft_nr_4_april_2011/detail/artikel/bombardieren-geht-ueber-verhandeln/